

Antrag der Gruppe der FDP**Mehr Lärmschutz an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen**

Bremen und Bremerhaven sind als Standorte von Industrie und Handel auf leistungsfähige Verkehrsverbindungen angewiesen. Zugleich wünschen sich die Einwohner ein attraktives, lebenswertes Oberzentrum. Beeinträchtigt wird diese Lebensqualität durch Lärm. Deshalb ist es ein wichtiges Ziel, Lärm zu vermeiden und zu reduzieren.

Eine der Hauptlärmquellen in Bremen und Bremerhaven ist der Eisenbahnverkehr. Bremen und Bremerhaven durchziehen Hauptbahnstrecken. Lärmschutzwände sind nur zum Teil vorhanden. Die zunehmenden Verkehre durch S-Bahn, Personenzüge und Güterzüge, insbesondere von den Containerterminals in Bremerhaven und Wilhelmshaven, werden – wenn dem nicht entgegengewirkt wird – zu weiteren Beeinträchtigungen führen.

Um den umweltfreundlichen Schienenverkehr voranzubringen und gleichzeitig die Akzeptanz des Bahnverkehrs bei den Anwohnern zu erhöhen, sind weitere Anstrengungen zum Lärmschutz unerlässlich. Nur so wird eine stärkere Nutzung der Bahn für den Güterverkehr auch die nötige Akzeptanz finden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Deutsche Bahn weiter zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel für ihr Lärmsanierungsprogramm zu drängen,
2. sich dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ein lückenloser Lärmschutz an den Hauptbahntrassen erfolgen kann,
3. sich weiter für die Förderung lärmindernder Maßnahmen an Schienenfahrzeugen und Strecken einzusetzen,
4. sich für den Austausch von veralteten Grauguss-Bremsen durch Bremsen mit K-Sohle oder LL-Sohle einzusetzen,
5. weiterhin auf die Abschaffung des Schienenbonus im Bundesimmissionsschutzrecht zu drängen,
6. sich weiterhin für eine Absenkung der Lärmsanierungswerte einzusetzen,
7. sich für lärmabhängige Trassenpreise einzusetzen und weiterhin andere Anreizsysteme für lärmindernde Zugzusammenstellungen zu unterstützen,
8. sich dafür einzusetzen, dass eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, auf deren Basis Geschwindigkeitsbeschränkungen für übermäßig laute Züge zu allen Tages- und Nachtzeiten erlassen werden können und
9. einen Beteiligungsprozess für die notwendigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung in Bremen und Bremerhaven zu initiieren.

Dr. Magnus Buhlert,
Dr. Oliver Möllenstädt und Gruppe der FDP